



An
Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen,
Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz und
die Abgeordneten des Bundestages

Bremen, 19. Juni 2023

Stellungnahme zum GEG: Kopplung der Regelungen für den Heizungstausch an eine kommunale Wärmeplanung ab 2028

Architects for Future fordert dringend dazu auf, die im Entwurf zur Novellierung des GEG (Referentenentwurf Stand 03.04.2023) vorgeschlagene Regelung für den Heizungstausch ab 01.01.2024 zu verabschieden.

Trotz aller bereits geäußerten Kritik am ursprünglichen Entwurf und der Tatsache, dass selbst dieser nicht zur Einhaltung der 1,5°-Erderwärmungsgrenze ausreicht, ist dieser Schritt aktuell dringend notwendig für die Energiewende.

Das Sektorenziel für Emissionen aus dem Gebäudesektor (der laut Klimaschutzgesetz ausschließlich die Verbrennung von Brennstoffen in Handel, Behörden und Haushalten beinhaltet) kann mit dem im Moment vorliegenden Vorschlag des GEG nicht eingehalten werden. Laut dem Klimaschutzgesetz müssen die derzeitigen 112t CO₂-Emissionen (2022) bis 2030 auf 66t CO₂-Emissionen, also um ca. 50%, reduziert werden.

Bestand und Neubau + Faktor Zeit

- Neubauten können mit Technik für klimaneutrale Wärmeerzeugung ausgestattet werden. Bei Einbau einer Gasheizung verschwenden wir bis zu einer Umrüstung unnötig Anteile am CO₂-Budget.
- Der Großteil der Gebäude in Deutschland besteht aus Bestandsgebäuden. Diese tragen etwa zu 35% zum gesamten Endenergieverbrauch bei.¹ Im Vergleich dazu machen (Neu-)Bauten ab 2009 nur 3% des Energieverbrauchs aus, während 97% auf alte Bestandsgebäude entfallen. Ein beträchtlicher Anteil von 75-80% des Gebäudebestands weist eine Energieeffizienzklasse C oder niedriger auf, obwohl eine energetische Sanierung technisch möglich wäre. Darüber hinaus werden diese Gebäude zu etwa 80% mit fossilen Brennstoffen beheizt.² Hier besteht ein erhebliches Potenzial zur Reduzierung von Emissionen.
- Selbst wenn die kommunale Wärmeplanung bis 2028 abgeschlossen sein sollte, müssen diesen Planungen folgend Wärmenetze aufgebaut, Gasnetze umgebaut werden. Der Zeithorizont der Fertigstellung ist nicht absehbar.
- Heizungen haben eine Lebensdauer von 20-30 Jahren. Bei einer Kopplung des Heizungstauschs an die kommunale Wärmeplanung und mit entsprechenden Übergangsfristen ist damit zu

¹ <https://www.dena.de/themen-projekte/energieeffizienz/gebaeude/>

² <https://www.architects4future.de/forderungen/03-beschleunigt-die-energiewende>

rechnen, dass bis mind. **2030 Gasheizungen eingebaut und damit entweder bis 2055(!) betrieben werden oder nach 15 Jahren im Betrieb wieder ausgebaut werden müssen.**

- Die Umstellung der bestehenden Gasnetze auf z.B. Wasserstoff ist äußerst aufwendig und mit erheblichen Zusatzkosten verbunden. Eine solche Umstellung ist nur möglich, wenn jede einzelne Heizung im gesamten Strang für den Einsatz von Wasserstoff vorbereitet ist.
- **Fachkräftemangel** beim Bau der Wärmenetze und **Umbauzeiten** für die Heizungen bremsen die Wärmewende zusätzlich.

Die CO₂-Emissionen kumulieren sich während dieser Verzögerungen immer weiter. Alle Reduktionspfade müssen in Folge immer steiler werden.

Kosten und Verfügbarkeit von alternativen Energieträgern

- mit steigendem CO₂-Preis (dessen beschleunigten Anstieg wir dringend fordern!) wird die Nutzung fossiler Energieträger immer unwirtschaftlicher;
- CO₂-neutrale Alternativen wie Grüner Wasserstoff oder Biogas werden in absehbarer Zeit nicht in ausreichenden Mengen und zu wirtschaftlichen Preisen zur Verfügung stehen. Endverbraucher stehen dann in direkter Konkurrenz zu Großindustrien, Luft- und Wasserschifffahrt. Gesetzliche Regelungen, die den Einbau von „umrüstbaren“ oder mit „Wasserstoff betreibbaren“ Gasheizungen erlauben, suggerieren **eine nicht vorhandene Versorgungssicherheit** mit diesen Energieträgern;
- Technisch ausgereifte Lösungen ermöglichen schon jetzt die klimaneutrale Beheizung der meisten Bestandsgebäude, selbst ohne aufwändige energetische Komplettanierung. Damit ist der Aufwand im Rahmen eines Heizungsaustauschs überschaubar und zu zumutbaren Kosten realisierbar.
- Wälder werden dringend als langfristige CO₂-Senken und Holz als Rohstoff für nachhaltiges Bauen benötigt. Holz darf nicht als Energieträger für die Wärmeerzeugung importiert, verheizt und dabei als CO₂-neutral betrachtet werden.³

Bürger:innen müssen ehrlich informiert und beraten werden, nicht kalkulierbare Kostenfallen verhindert werden.

Bürokratie, Förderung und Investitionssicherheit

- Die Abhängigkeit von einer kommunalen Wärmeplanung erzeugt einen **unüberschaubaren Flickenteppich an Regelungen**; Sie verhindert unbürokratische, effektive, effiziente und kostengünstige Planung, Ausführung und technische Lösungen. Dringend benötigte Ressourcen werden unnötig gebunden.
- Die Abhängigkeit von einer kommunalen Wärmeplanung macht **bundeseinheitliche Förderkriterien** schier unmöglich, in jedem Fall jedoch bürokratisch unüberschaubar aufwändig.
- Es fehlt an **Planungs- und damit Investitionssicherheit** für Eigentümer:innen, Investor:innen, Planer:innen, Industrie und Energieunternehmen - für alle im Bauwesen und am Energiemarkt! **Das macht die Energiewende undurchsichtig, zerstört internationale Konkurrenzfähigkeit und führt letztlich zu höheren Kosten.**

Alle am Bau Beteiligten benötigen unverzüglich eindeutige Regelungen um effektiv Maßnahmen für die Wärmewende umsetzen zu können.

³ siehe Umweltbundesamt, 08.06.2023: „[Holzheizungen: Schlecht für Gesundheit und Klima](#)“

Architects4Future fordert:

- verbindliche Regelung für einen Heizungstausch im Bestand ab 01.01.2024
- Einbaustopp neuer, mit fossilen Energieträgern betriebener Wärmeerzeuger
- Weder Holz noch Abfall dürfen als CO2-neutrale Energieträger betrachtet werden
- Regelung muss sofort und bundeseinheitlich erfolgen, unabhängig kommunaler Wärmepläne
- bundeseinheitliche, bedarfsorientierte Förderprogramme mit sozialer Staffelung

Es geht hier nicht nur um Feinheiten, sondern um eine lebenswerte Umwelt, um unsere Gesundheit, um unsere Existenzgrundlagen auf diesem Planeten.

Ohne eine konsequente Wärme- und Bauwende lassen sich die gesetzlich vereinbarten Pariser Klimaziele nicht einhalten.

Bitte greifen Sie auch unsere Expertise zurück.

Wir freuen uns auf einen Austausch und stehen für Rückfragen gerne zur Verfügung.

Herzliche Grüße von
Architects for Future Deutschland e.V.

Andrea Bitter
Sebastian Lederer
Michael Wicke
Bodo Schanzenberger

